



25. Oktober 2022

Rede des Fraktionsvorsitzenden Andreas Hesky in der Regionalversammlung am 26. Oktober 2022 zum Punkt Haushalt 2023

Die Herausforderungen, vor denen der Verband steht, sind im Haushaltsplanentwurf 2023 noch nicht abgebildet! Dennoch steigen die Umlagen in einer Zeit, in denen die kommunalen Kassen enorm belastet sind.

In Vorjahren, als das Geld noch lockerer saß, hat die Regionalversammlung Beschlüsse gefasst, welche die aktuelle Haushaltsplanung prägt. Das vermindert den Spielraum, um auf aktuelle Herausforderungen reagieren zu können. Zudem vermischen die Freien Wähler Signale der Solidarität mit der kommunalen Familie, die das Geld aus den Taschen der Bürgerschaft holen muss und sich nicht, wie der Verband, durch Umlagen finanzieren können. Sich auf das wesentliche konzentrieren, wäre das Gebot der Stunde.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Bopp,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
vor allem aber: Sehr geehrter Herr Regionaldi-
rektor Dr. Lahl,

Ihr erster Haushalt ist eingebracht – und er kann sich sehen lassen. Das heißt nicht, dass wir ihn für rundum gelungen halten. Wir anerkennen aber, dass es anspruchsvoll war, wenn man sein Amt Mitte März antritt und - unterstellt, dass die Geschäftsführung eines Pflegeunternehmens sich von Ihrer jetzigen Position deutlich unterscheidet - in das kalte Wasser geworfen wird.

Auch als „Neuer“ werden Sie nicht allzu lange auf Welpenschutz hoffen dürfen. Denn anstehende Aufgaben, vor denen der Verband und die kommunale Familie stehen, erlauben kein Zaudern und Zögern, sondern erfordern konsequentes Handeln und Entscheiden.

Wurde dazu in den vergangenen Jahren genügend Spielraum gelassen, oder wurden Beschlüsse gefasst, die uns heute die Luft nehmen?

Bereits im ersten Absatz Ihrer Haushaltsrede weisen Sie auf Beschlüsse aus Vorjahren hin, die wir nun gemeinsam umzusetzen haben, und dass dies in einer Zeit zu erfolgen hat, in der die finanziellen Spielräume äußerst eng werden.

Wurde darauf im Haushaltsplanentwurf 2023 reagiert? Spiegeln sich dort die heraufdämmernden Zeichen einer Rezession wider? Sind Impulse gegeben, um die Wirtschaft am Laufen zu halten?

Werden Maßnahmen ergriffen, dazu beizutragen, die großen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben zu lösen, wie Wohnungsnot, Mangel an Gewerbeflächen, Fachkräftemangel? Wie kann der Verband helfen, damit rasch regenerative Energie dezentral erzeugt wird, was können wir tun, um den Klimawandel in unserer Region zu stoppen, um nur ein paar Themen zu nennen.

Seit Jahren tragen wir Freien Wähler es wie ein Mantra vor uns her, dass die wirtschaftliche Entwicklung, die Dynamik und Performance im Gebiet des Verbands Region Stuttgart nachlässt. Es lässt uns eben nicht kalt, wenn andere Regionen aufholen. Wer meinte, es reicht, sich auf bisher Erreichtem auszuruhen, muss nun erkennen, dass dies nicht mehr taugt.

Wir sind in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart glücklicherweise nicht ganz so abhängig von prägenden und energieintensiven Monounternehmen, wie BASF für Rheinland-Pfalz, oder die Stahlindustrie im Ruhrgebiet. Aber auch unsere Betriebe haben massive Probleme, mit den steigenden Energiekosten zurecht zu kommen.

Und das ist nur eine weitere Herausforderung, die zusätzlich zur Transformation und zu den anderen hinlänglich bekannten Themen, hinzukommt.

Spätestens seit dem Ansiedlungswunsch von Cellcentric, von dem wir hoffen, dass er verwirklicht wird, ist doch glockenklar, dass die Vorstellung, die von manchen in dieser Versammlung vertreten wurde „Das Gewerbegebiet der Zukunft ist die Brache“, nicht trägt.

Das Credo von uns Freien Wählern war schon immer, dass Transformation neue Flächen braucht, weil neue Produktionslinien und Technologien zu den bestehenden parallel aufgebaut werden. Wir drücken unserem Kollegen Bürgermeister Züfle alle Daumen und sind zuversichtlich, dass er die Grundstückseigentümer bewegen kann, ihre Flächen zur Verfügung zu stellen.

Diese Ansiedlung von Cellcentric steht beispielhaft für Gewerbeansiedlungen, die wir in der Region benötigen, um den notwendigen Strukturwandel zu ermöglichen.

Ich verweise auf unseren Antrag, im Bereich Mundelsheim einen regionalen Gewerbebestandort auszuweisen. Der aktuelle Antrag, in Bönningheim ein Gewerbegebiet entsprechend den Wünschen der Gemeinde zu ermöglichen, wurde von uns mitentwickelt.

Die Region sollte erkunden, ob es in anderen Kommunen ähnliche Konstellationen gibt, damit entsprechende Überlegungen in einem gemeinsamen Änderungsverfahren des Regionalplanes abgearbeitet werden können.

Denn ohne Flächenangebote läuft die Region Gefahr, attraktive und innovative Ansiedlungen an andere Regionen oder gar an das Ausland zu verlieren.

Die weitere Entwicklung der Bio Region Stern tragen wir gerne mit und sehen im Bereich der Biotechnologie und der Medizintechnik ein beachtliches Zukunftspotential.

Die Brennstoffzellentechnologie ist für uns Freie Wähler Teil eines neuen Wirtschaftssystems auf dem Weg zu einer nachhaltigen Region Stuttgart

Manche lehnen den Wasserstoff ab, weil er aus ihrer Sicht der Champagner des Energiemarktes ist. Wer heute aber an die Tankstelle fährt, könnte beim Blick auf die Rechnung auch meinen, Champagner getankt zu haben.

Die von der Wirtschaftsregion ausgerichtete Veranstaltung zu den erneuerbaren Kraftstoffen, die auch auf unseren Impuls zurückgeht, hat gezeigt, dass wir einen Energie- und Antriebsmix benötigen.

Auch Bosch hat vor kurzem davor gewarnt, alles auf die Karte „Batterie“ zu setzen. Lassen Sie uns daran mitwirken, zu einem Wirtschaftssystem zu kommen, das breit aufgestellt ist, sich dadurch resilient macht und Arbeitsplätze sichert.

Die Botschaft, dass der Mix aus Batterie- und Brennstoffzellentechnologie im Fahrzeugbau ähnlich viele Arbeitsplätze wie die Verbrenner-technologie bereitstellt, ist ein gutes Zeichen.

Das Gespenst der Deindustrialisierung ist eine reale Sorge, die uns seit Jahren umtreibt. Wir sind nicht davon überzeugt, dass das Wirtschaftsmodell der Zukunft auf Schrumpfung und Minuswachstum aufbauen kann.

Sicher, wir müssen unseren Lebens- und Wirtschaftsstil hinterfragen, den Ressourcenverbrauch reduzieren, viel stärker auf nachwachsende Rohstoffe und Energien setzen und Innovationen suchen. Nicht durch Verbote, sondern aufgrund der Freiheit und der Sozialen Marktwirtschaft.

Doch wie sieht es konkret mit den regenerativen Energien in der Region Stuttgart aus?

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass wir Freien Wähler zu den Motoren für den Ausbau der Regenerativen in der Region gehören. Daher ist es nicht verwunderlich, dass wir den dringenden Bedarf für die Installation von mehr Photovoltaikanlagen und Windenergieanlagen sehen und fordern, alles zu unternehmen, diesen zu decken.

Dieser hat sich gegenüber dem qualifizierten Zwischenbeschluss 2015 noch deutlich erhöht. Schon seinerzeit - als es noch weit unpopulärer war - haben wir den Ausbau aktiv unterstützt. Jetzt ist er unausweichlich.

Wir alle sind gefordert, Planungshürden für den Aufbau von erneuerbaren Energien abzubauen. Es ist aber bemerkenswert und berührt auch das Vertrauen, dass ein über viele Monate zwischen Landesregierung und Regionalverbänden abgesprochener Prozess ohne Vorwarnung durch einen Gesetzentwurf der Regierungsfractionen auf den Kopf gestellt wird.

Nochmals: Wir Freien Wähler halten die erneuerbaren Energien für zentral im Hinblick auf unsere Zukunft. Das geradezu aktionistische, wenn nicht gar chaotische Vorgehen auf Bundes- und Landesebene hilft aber nicht. Wir wollen als Verband Region Stuttgart unseren Beitrag leisten, ohne aber unsere bisherigen Grundlagen zur Gestaltung von Siedlungs- und Freiflächen vollständig über Bord zu werfen.

Stichwort Siedlungsflächen: Auch in dieser Haushaltsrede darf der Hinweis auf die Notwendigkeit der Schaffung weiterer Wohnungen nicht fehlen. Es wäre zu kurz gesprungen, wenn nur auf den Fachkräftemangel verwiesen

oder die demographische Entwicklung als Herausforderung beschrieben würde, ohne gleichzeitig zu sagen, wo die Menschen, die künftig in unserer Region eine Heimat finden sollen, wohnen werden.

Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Aber es braucht auch das Neubaugebiet. Sorgsam abgewogen, idealerweise CO₂-neutral, mit innovativer Wärme- und Energieerzeugung, gerne aus Wasserstoff, am besten mit einem gesunden Mix aus Geschosswohnungen, Reihenhäusern und Einfamilienhäusern.

Von der IBA 2027 StadtRegion Stuttgart versprechen wir uns viel. Sie hat sich in der Arbeitsstruktur und der Zielausrichtung stabilisiert, die fachliche Profilierung ist bemerkenswert und das beteiligte Branchen-Netzwerk beachtlich. Dafür bedanken wir uns beim IBA-Team und allen Beteiligten. Wir Freien Wähler werden die IBA wie bisher konstruktiv begleiten.

Wir müssen aber darauf achten, dass der Grundgedanke der IBA „Produktiver, gerechter und lebenswerter Metropolraum“ sich nicht zu weit von den Menschen entfernt, sondern die gewonnenen Erkenntnisse in der Region greifen und wirken. Nur dann ist der finanzielle Aufwand auch zu rechtfertigen.

Wie sieht es insgesamt mit dem finanziellen Aufwand des Verbands Region Stuttgart aus? Welche Linie hätten wir uns gewünscht?

Es stellt sich für uns schon die Frage, ob wir in Zeiten klammer kommunaler Kassen dazu beizutragen dürfen, dass Umlagen stetig steigen?

Die Erhöhung der ÖPNV-Umlage hat diese Regionalversammlung durch Beschlüsse zu verantworten, die zu Zeiten gefasst wurden, in denen das Geld noch lockerer saß. Keine Frage, der Ausbau des ÖPNV, die Steigerung seiner Qualität und die Angebotsverbesserung mit Abstimmung auf andere Verkehrsträger, wie Bus und Rad, gehört zu den vordringlichen Aufgaben, um die Verkehrswende zu befördern. Dennoch ist künftig Augenmaß angesagt.

Der ÖPNV steht vor einer Kostenexplosion in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Mit dem 49€-Ticket senken andere unsere Einnahmen, ohne zu sagen, wie das dadurch entstehende Delta geschlossen und die offenkundigen Qualitätsmängel behoben werden. Wir Freien Wähler halten das für unverantwortlich.

Gleichzeitig wird eine Kaskade von offenen Rechnungen vom Bund auf die Länder und letztlich auf die Kommunen als Aufgabenträger des ÖPNV mit ungeahnten Folgen weitergeleitet.

Nichts davon spiegelt sich bisher im Haushaltsplan 2023 wider. Das ist kein Vorwurf an die Verwaltung, denn auch sie wird von den Ereignissen überrollt.

Dennoch wissen wir, dass erhebliche Lasten auf uns zukommen. Auf den Verband, die Landkreise und am Ende der Kette auf die Kommunen.

Daher darf man nicht so tun, als ob die Verbandsumlage „bloß“ um wenige Prozent steigt. Sie steigt. Der Verband holt von den Kommunen mehr Geld. Auch die um 19,7 % höhere Verkehrsumlage landet via Landkreise auch bei den Kommunen. Und dabei wird es vermutlich nicht bleiben.

Der Verband sollte sich besser auf das Wesentliche konzentrieren und wir hätten uns Zurückhaltung gewünscht, dort, wo möglich. Z.B. in der Öffentlichkeitsarbeit, sowohl bei den Stellen als auch bei den Sachausgaben. Das wäre ein Zeichen der Solidarität mit der kommunalen Familie gewesen.

Wir Freien Wähler freuen uns auf die anstehenden Haushaltsberatungen, danken Ihnen, Herr Dr. Lahl, und dem Team der Geschäftsstelle, allen voran Herrn Mattlinger, für das enorme Engagement. Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

Ihre Ansprechpartner

Fraktionsvorsitzender und für den Rems-Murr-Kreis

OB a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen

andreas.hesky@outlook.de

+49 151 18048008

Pressebeauftragter der Fraktion OB a.D. Alfred
Bachofer

Im Gänslesgrund 10
72622 Nürtingen
Fon 07022/47 09 09

Mail alfred@bachoferonline.de
www.freiewaehler.de